



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Ja, es ist schön hier! entgegnete Almgren. Man sagt, wir wohnen weit von der Welt entfernt und einsam, aber was soll das heißen? Ich habe meine Familie, mein Heim, alle diese Menschen, in deren Kreis ich mich als Arzt, als Freund bewege. Und dann: leben wir nicht unter denselben Himmelszeichen, haben wir nicht auch dieselbe Sonne, und wenn sie auch etwas seltner scheint, so tut sie es dafür um so wärmer. Und wohl nie werden Sie einen schönern Mond finden als den, der sich in unsern klaren Wassern und blanken Eisflächen spiegelt. Darf ich Sie fragen, ob Sie hellere Sterne haben als die, die uns alte Märchen erzählen, wenn uns der Schlitten in glitzernden Winternächten über Wärmlands große Schneefelder, gefrorene Seen und durch seine schneebedeckten Wälder trägt? In den größten Städten zwischen Millionen von Menschen ist man einsamer als hier unter Milliarden von Sternen.

Als Helene in ihr Zimmer hinaufkam, öffnete sie die Balkontür und sah in die helle Nacht hinaus.

Wälder und Berge hoben sich dunkel von dem klaren Himmel ab. Die goldne Scheibe des Mondes stand über den Baumwipfeln, der Strom brauste, und in der Ferne hörte man einen Wasserfall.

Hier war unsagbarer Friede!

Sollte sie hier arbeiten lernen, und sollte der Gesang sie wieder fröhlich machen in Wärmlands großen Wäldern?

Erst gegen Mitternacht schlief sie ein. Da träumte sie, sie stünde an Bord des Dampfers, der von Frederikshavn nach Göteborg ging. Sie sah ihren Koffer sich öffnen. Eine rote Koboldmütze guckte daraus hervor, und sie hörte die Stimme, die sie von allen am wenigsten gern hätte hören mögen, halb spöttisch sagen:

Wir ziehn wohl heute um?

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. Fürst Bülow beginnt das zweite Dustrum seiner Kanzlerschaft unter Auspizien, wie sie ernster kaum gedacht werden können. Nach außen hin ist der Friede zwar gewahrt geblieben, und in der französischen Regierung ist die Strömung, die zum Kriege trieb, in den Hintergrund getreten. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß eine französisch-englische Koalition gegen Deutschland diplomatisch vorhanden, und daß sie militärisch zum Abschluß reif war. Versicherungen, daß eine Allianz weder verlangt noch zugesichert worden sei, haben zweifellos einen augenblicklichen Wert, d. h. sie bedeuten, daß die Opportunität für eine solche Allianz bei einer der beteiligten Mächte oder bei beiden nicht gegeben war. Wie sich die Verhältnisse ohne das Eingreifen Deutschlands gestaltet haben würden, ist eine andre Frage. Dieses Eingreifen glich gewissermaßen dem Entschluß eines Arztes, der ein letztes, bedenkliches Mittel anwendet, um ein Leben zu retten, das sonst dem Tode verfallen wäre. Es konnte ebensogut sein, daß Deutschlands Eingreifen den Sturz des Herrn Delcassé nicht zur Folge hatte, daß die chauvinistischen Stimmen in Frankreich das Übergewicht erhielten, und daß der Kriegsfall eintrat. Englische Regierungskreise haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie in diesem Falle der starken Strömung der öffentlichen Meinung nicht hätten widerstehen können, daß dazu keine englische Regierung imstande gewesen wäre, und daß ein deutsch-französischer Krieg England unfehlbar an die Seite Frankreichs führen müsse. Mit dieser Tatsache werden wir noch auf lange Zeit hinaus rechnen müssen, weil das heutige Deutschland, als Ergebnis seiner wachsenden Volkskraft, seiner Bildung und seines Fleißes, als Schädiger der englischen Interessen angesehen wird, denen

wohl der lediglich geographische Begriff „Deutschland“ bequem war, nicht aber die Kraft einer geeinten Nation von sechzig Millionen. Es ist deshalb weder die deutsche Politik, noch sind es die leitenden Persönlichkeiten in Deutschland, es sind lediglich die englischen Interessen, die uns in England entgegenstehen und dauernd entgegen bleiben werden unter jeder britischen Regierung.

Selbstverständlich hatte sich die Leitung der deutschen Politik, als sie sich zu ihrem Eingreifen entschloß, alle Eventualitäten, die daraus hervorgehen konnten, vollkommen klar gemacht. Sie hatte sorgfältig geprüft, wie weit wir einem vollen Ernst der Lage gewachsen sein würden, und hatte auf das Ergebnis dieser Prüfung ihre Entschlüsse aufgebaut. Sie konnte aber dabei in Rechnung stellen, daß wenn einerseits eine sehr starke und vor allen Dingen sehr einflußreiche deutschfeindliche Strömung in England geneigt war, eine Kriegsgelegenheit gegen Deutschland an der Seite einer starken Landmacht nicht unbenutzt zu lassen, es wiederum in Frankreich eine sehr starke friedliche Strömung gab, die von einem Kriege gegen Deutschland, zumal um ein Mehr oder Minder in Marokko, nichts wissen wollte, weil sie von der Überlegenheit der deutschen Waffen mehr als von dem Segen eines englischen Bündnisses überzeugt war.

Von welchem Gewicht dieser Umstand in der Rechnung der deutschen Politik gewesen ist, entzieht sich der Erörterung, aber er berechtigte dazu, daß man, ohne auf den Kriegsfall hinzusteuern, doch entschlossen blieb, ihm nicht auszuweichen, wenn Ehre und Interessen keine friedliche Lösung erlaubten. Die öffentliche Meinung in Deutschland würde einen verhängnisvollen Fehler begehen, wenn sie etwa diese marokkanischen Händel unter die Kategorie der ehemaligen *quorelles allomandes* rechnete, und wenn sich die Ansicht festsetzen sollte, man habe diesmal nur mit den Sporen geklirrt, um nach außen hin einigen Eindruck zu machen, tatsächlich habe niemand an Krieg gedacht. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Als sich Fürst Bülow entschloß, in das englisch-französische Gewebe mit fester Hand hineinzugreifen, um es zu durchreißen, mußte er mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß daraus eine ernste Verwicklung hervorgehen könne: es konnte der Krieg in sehr kurzer Frist sein.

Man mag jetzt noch die Frage aufwerfen, ob es denn wirklich so sehr im nationalen Interesse lag, daß es nicht zum Kriege kam. Der Friede und seine Segnungen sind gewiß für einen Herrscher und eine Regierung, die sich ihrer Verantwortlichkeit vor der Geschichte, vor Gott und den Menschen bewußt sind, ein erstrebenswertes Ziel. Aber er kann nicht auf ewige Zeiten das ausschließliche Ziel der Regierungstätigkeit sein. Es gibt Situationen, in denen der Friede gut, der Krieg aber besser ist. Solche Situationen treten namentlich dann ein, wenn es sich herausstellt, daß ein allzu langer Friede den zu gut genährten Volkskörper mit ungesunden Wucherungen erfüllt, und daß die großen nationalen Zwecke durch zentrifugale Strömungen und Parteiinteressen in den Hintergrund gedrängt werden.

Es hieße den Kopf in den Sand stecken, wollte man sich verhehlen, daß die heutige Lage in Deutschland von dem Überwuchern zentrifugaler, antinationaler Kräfte ernst genug bedroht ist, und daß sich ein Krieg, der den nationalen Gedanken und die nationalen Ziele mit einem Schläge wieder in den Vordergrund rücken, der die Charaktere und die Männer der Tat wieder an die Stelle der Phrasendrescher und der Redner setzen würde, als ein größerer Segen für Deutschland erweisen möchte als ein verlängerter und immer mehr zeretzend wirkender Friede. Auch diese Erwägungen haben im Rate der deutschen Politik sicherlich eine Rolle gespielt, und sie sind mitbestimmend gewesen zu der Entschlußung, so oder so Klarheit über die politische Situation zu schaffen. Daß die Armeen den Wunsch hat, sich einem ebenbürtigen Gegner gegenüber zu bewähren, ist selbstverständlich. Sie empfindet die Gleichgiltigkeit tief, mit der breite Schichten der Nation, und leider nicht allein diese, an den über jedes Lob erhabnen Leistungen unsrer Truppen in Südafrika, an ihrem Opfermut und ihrem Heldentum vorübergehen. Sie wünscht in Deutschland die hochgeachtete Stellung zu behaupten, die einst dem Heere Kaiser Wilhelms des Ersten in dankbarster Aner-

kennung nicht nur von ihm selbst, sondern von der ganzen Nation gezollt worden war. Auch läßt sich nicht verkennen, daß es erst nach einem großen Kriege möglich sein wird, mit Erfolg neue Geleise für die deutsche Politik zu legen, da sich die bisherigen bei der Gestaltung der Dinge in Europa und in Asien und bei der Indolenz der eignen politischen Parteien nicht mehr unmittelbar auf große Ziele richten lassen. Ein Volk kann aber auf die Dauer nicht im Genuß der erworbenen Güter schwelgen, zumal das deutsche als bundesstaatlicher Organismus, sondern es bedarf neuer großer Aufgaben, wenn es nicht einrosten soll. Denn das „Rost ich, so rost ich“ gilt im Völkerverleben für ein bundesstaatlich zusammengefügtes Staatsgebilde, wie das deutsche mit so vielen empfindlichen Berührungspunkten, noch ganz anders als für eine seit Jahrhunderten einheitlich gestaltete Nation. Wie ganz anders zum Beispiel regeln sich Finanzreformfragen in einem einheitlichen Staate als bei uns, die wir in einem ohnehin so verwickelten Gemeinwesen das allgemeine Stimmrecht ohne jedes Gegengewicht zum Souverän gemacht haben.

Im einheitlichen Staate braucht sich eine Regierung, die kluge und verständliche Ziele ins Auge faßt, nur mit einzelnen Parteien auseinanderzusetzen, über die sie, wenn es das höchste Interesse verlangt, auch mit gutem Gewissen hinweggehn kann. Im Bundesstaate hängt die Zentralleitung nicht allein vom Zentralparlament, sondern auch von sämtlichen einzelnen Regierungen und ihren Landtagen ab, und wir sehen, welchen unheilvollen Einfluß in dieser Beziehung die bayrische Landtagsmehrheit auf alle großen Fragen der Reichspolitik zu üben begonnen hat. Fast ist es an der Zeit, daß im Berliner Landtage die nationale Saite gelegentlich einen hellern und schärfern Klang gibt. In wie wesentlich anderer Lage wären die Reichsfinanzen ohne das bayrische Zentrum seit den Tagen der Frankensteinischen Klausel. Und ebenso sehen wir in diesem Augenblick jeden Fortschritt auf dem Wege der Betriebsmittelgemeinschaft an der bayrischen Zentrumsdemokratie scheitern. Dieser Umstand ist es, der auf die bevorstehende Reichstagsession ernste Schatten wirft. Die innere Lage, wie sie gegenwärtig ist, wo Deutschland tatsächlich von einer Verbindung von Zentrumsdemokratie und Sozialdemokratie regiert wird, ist nicht länger erträglich. Das Deutsche Reich ist nicht mit schweren Opfern von Blut und Gut erbaut worden, damit es schließlich den ärgsten Widersachern des Reichsgedankens ausgeliefert werde. Am allerwenigsten hat die Krone Preußen die wertvollen Rechte, die sie in ihrem Lande hatte und noch an der Spitze des Norddeutschen Bundes behauptete, dem Einheitsgedanken untergeordnet, um sie durch eine solche Reichstagsmehrheit dauernd abschwächen zu lassen.

Es dürfte nützlich sein, daß sich Parteien und Presse nach dieser Richtung hin keinen Illusionen hingäben. Man hat der heutigen Regierung sehr mit Unrecht spöttisch das Leitmotiv angedichtet: Nur keine Konflikte! Gewiß, keine unnützen Konflikte und nicht solche, die keine großen prinzipiellen Entscheidungen, sondern nur neue Vertiefungen alter Verstimmungen bringen könnten. Damit dient man nur dem Gegner und schwächt die eigne Aktionskraft für die schließlich unvermeidliche prinzipielle große Entscheidung. An eine solche muß eine Regierung mit gutem Gewissen, stark durch ihr Recht und ihre Pflicht herantreten können. Mit der Frage der Reichsfinanzreform wird der Reichstag vor die Frage der Fortexistenz des Reiches auf seinen bisherigen verfassungsmäßigen Grundlagen gestellt. Versagt er dauernd, so liefert er damit den Beweis, daß sich die heutige Form seiner Zusammensetzung überlebt hat, und daß diese das Reich nicht mehr zur Erfüllung seiner Aufgaben befähigt. Dasselbe gilt für die in Aussicht stehende Flottenvorlage. Deutschland will und muß leben, es muß den großen Pflichten, die der Reichsgemeinschaft sowohl gegen ihre Gesamtheit wie gegen ihre einzelnen Glieder auferlegt sind, gerecht werden können. Wird es an der Erfüllung dieser Pflichten durch einzelne seiner verfassungsmäßigen Einrichtungen behindert, so wird es diese ändern müssen, um die Reichsgemeinschaft lebensfähig zu erhalten. Von diesen Wahrheiten läßt sich nichts wegdeuteln. Unser Volk ist in seinen bürgerlichen Schichten durch den Gang einer segensreichen fünfunddreißigjährigen friedlichen Entwicklung, durch einen

wirtschaftlichen Aufschwung, wie er vor einem Menschenalter nicht geahnt werden konnte, und durch den damit erreichten Wohlstand leider des politischen Kampfes entwöhnt und im Ernst der Auffassung seiner nationalen Pflichten verweichlicht. Wie ganz anders stand die Nation da, die in den Jahren von 1867 bis 1870 mit der Hand am Schwerte das Reich bauen mußte, Volk und Heer kriegsgewohnt, heute kriegsentwöhnt. Wie wir mitten unter den europäischen Großmächten sitzen, kann es nicht unser oberster Staatszweck sein, daß die Nation sich nur ihres Daseins erfreue, daß wir am Ziele der ersehnten Einheit eigentlich weiter nichts zu tun haben und beruhigt die Hände in den Schoß legen dürfen. Was König Wilhelm der Erste einst nach der Thronbesteigung in dem Erlaß „An mein Volk“ am 7. Januar 1861 für Preußen ausgesprochen hat, gilt auch heute noch für Deutschland und wird immer gelten müssen als Grundregel für das Reich, wenn dieses seine Einheit und seinen teuer erkauften Platz unter den Nationen behaupten will: „Es ist Preußens Bestimmung nicht, dem Genuß der erworbenen Güter zu leben. In der Anspannung seiner geistigen und sittlichen Kräfte, in dem Ernst und der Aufrichtigkeit seiner religiösen Gesinnung, in der Vereinigung von Gehorsam und Freiheit, in der Stärkung seiner Wehrkraft liegen die Bedingungen seiner Macht, nur so vermag es seinen Rang unter den Staaten Europas zu behaupten.“ Was wollte man davon für das heutige Deutschland streichen? Sieben Jahre später, in der Schlußrede an das Zollparlament, konnte der König an diese erste gesamtdeutsche Volksvertretung die Worte richten: „Sie werden alle die Überzeugung in die Heimat mitnehmen, daß in der Gesamtheit des deutschen Volks ein brüderliches Gefühl der Zusammengehörigkeit lebt, welches von der Form, die ihm zum Ausdruck dient, nicht abhängig ist, und welches gewiß in stetigem Fortschreiten an Kraft zunehmen wird, wenn wir allseitig bestrebt bleiben, in den Vordergrund zu stellen, was uns eint, und zurücktreten zu lassen, was uns trennen könnte.“ Dieser Gedanke ist leider durch die heutige Zusammenfassung des Reichstags verloren gegangen. Nicht was uns eint, sondern was uns trennen muß, ist mehr und mehr in den Vordergrund getreten, und die Folgen können nicht ausbleiben. Es wird an dem Reichstage sein, die Befürchtungen zu widerlegen, die sich daran knüpfen. Aber alle nationalgefinnten Kreise unsers Volkes werden wohl tun, sich mit der Erwägung vertraut zu machen, daß wir in einer ernstesten auswärtigen Lage schweren innern Kämpfen entgegengehn. Unsere Beziehungen zu Frankreich werden so lange gut bleiben, als sich dort eine Regierung am Ruder hält, die auf freundschaftlichem Fuße mit dem deutschen Nachbar leben will, die der Gemeinsamkeit mancher großen Aufgaben für beide Nationen eingedenk bleibt, und die nicht gezwungen wird, starken populären Strömungen nachzugeben, an deren Überwiegen andre Kreise ein Interesse haben. An bessere Beziehungen zu England werden wir dagegen noch lange nicht denken können. Mag immerhin das Bedürfnis des jetzigen Ministeriums für die kommenden Wahlen ein Grund sein für die wenig freundliche Haltung gegen Deutschland, so ist das aber doch nur möglich, weil man damit nicht nur der Stimmung des Hofes, sondern der überwiegenden Richtung der öffentlichen Meinung entgegenkommen will. Mit dieser Tatsache werden wir noch sehr lange zu rechnen haben. Sie macht England zum Bundesgenossen jedes Gegners Deutschlands; jede wirklich kriegsbereite und kriegsentschlossene französische Regierung kann mit dieser Koalition rechnen. Um so gebieterischer sind die Pflichten für den Reichstag den seiner harrenden großen Vorlagen gegenüber, und um so entschlossener werden die deutschen Regierungen sein müssen, den mit diesen Vorlagen betretenen Weg unbeugsam bis zum Ziele zu gehn. *§*

Arbeiterinnen. Frau Elisabeth Gnauck-Rühne gibt (im Verlag der Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland, M.-Gladbach, 1905) eine Einführung in die Arbeiterinnenfrage heraus. Wo die Zeit eine neue Not gebiert, da habe die christliche Charitas neue Mittel zu finden. Neue Not

aber entstehe, wo eine neue Klasse entsteht. Als typisch wird die Entstehung der Kartonarbeiterin beschrieben. Der Unterschied zwischen hauswirtschaftlicher und Erwerbsarbeit, zwischen der alten Produktion fürs Haus, für einen Herrn, für einen festen Kundenkreis und der neuen für einen unsichern Markt und die sich daraus ergebende Lage der erwerbenden Frauen wird klar gemacht, sowie die Ungerechtigkeit, die in der Behandlung der erwerbenden Frauen im Vergleich mit der der männlichen Arbeiter obwaltet. Die Gefahren für Gesundheit, Sittlichkeit, Familienleben und Familienwirtschaft, die aus der Erwerbsarbeit der Frauen erwachsen, werden anschaulich und packend geschildert. Das alles ist schon tausendmal beschrieben worden, aber das kleine Buch der Frau Gnauck ist trotzdem keine überflüssige Wiederholung, denn sie spricht aus genauer eigener Erfahrung und Beobachtung und versteht es, den Leser zu interessieren und zu überzeugen und die zu beschreitenden Wege vorzuzeichnen. Selbstverständlich fordert sie weiteren Ausbau der Arbeiterschutzesetzgebung und gewerkschaftliche Organisation der Frauen. Denn auf die Charitas dürfe man sich bei Massenübeln nicht beschränken. Die Charitas beschäftige sich nur mit dem Individuum, heile dessen Wunden und Krankheiten und helfe ihm die Leiden tragen, die aus dem allgemeinen Übel entspringen. Die soziale Arbeit dagegen bekämpfe diese allgemeinen Übel, aus denen die individuellen Leiden wie Krankheit, Verarmung und Laster entspringen, wirke also vorbeugend. Die kleine Schrift ist zunächst für die Lehrerinnenvereine und den jungen katholischen Frauenbund verfaßt, hat aber kein konfessionelles Gepräge und kann darum auch den in sozialer Arbeit tätigen evangelischen Frauen empfohlen werden. Die Zahl der Personen, um die es sich handelt, ist nicht klein, und die Frage, ob sie ver lumpen und verlottern oder vor Leiblicher und seelischer Schädigung bewahrt tüchtige Hausfrauen und Mütter werden, ist nicht gleichgültig für die Volkskraft und das Volkswohl. Ihnen zumuten, daß sie sich selbst helfen sollen, hätte keinen Sinn, denn die meisten von ihnen werden, ganz unerzogen, mit vierzehn Jahren in die Welt hineingestoßen und als Spielbälle der Erwerbskonjunkturen willenlos umhergeworfen. Wo sich der eigene Wille geltend macht, geschieht es gewöhnlich zum Dämmern und Schlimmern. Die Landwirtschaft beschäftigte im Jahre 1903 nicht weniger als 2753154 weibliche Personen, die Industrie 1521118, die Hauswirtschaft (als Dienstmädchen, Wasch- und Scheuerfrauen usw.) 233865.

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig



Forman gegen Schnupfen

DOSE 30 Pfg.

Ärztlicherseits vielfach als ideales Schnupfen-
mittel bezeichnet. — Wirkung frappant.